Stand: 12.12.2025 15:05:16

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/6592

"Echter Bürokratieabbau statt teurer Alibimaßnahmen: Bayerischen Bürokratiebeauftragten und Bayerischen Normenkontrollrat abschaffen!"

Vorgangsverlauf:

- 1. Initiativdrucksache 19/6592 vom 06.05.2025
- 2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/7232 des VF vom 22.05.2025
- 3. Beschluss des Plenums 19/7492 vom 10.07.2025
- 4. Plenarprotokoll Nr. 55 vom 10.07.2025



Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode

06.05.2025

Drucksache 19/**6592**

Antrag

der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)

Echter Bürokratieabbau statt teurer Alibimaßnahmen: Bayerischen Bürokratiebeauftragten und Bayerischen Normenkontrollrat abschaffen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, den Beauftragten für Bürokratieabbau, den Bayerischen Normenkontrollrat sowie sämtliche damit verbundenen Ausgaben im Haushaltsplan vollständig abzuschaffen.

Begründung:

Die AfD-Fraktion hält die Schaffung und die Fortführung des Bürokratiebeauftragten sowie des Bayerischen Normenkontrollrates für eine reine Steuergeldverschwendung, da diese Institutionen nicht zu einem tatsächlichen Bürokratieabbau geführt haben. Im Gegenteil: Sie tragen lediglich zur Aufblähung des Verwaltungsapparates bei, ohne nennenswerte Erfolge im Bereich der Bürokratieabbau-Maßnahmen zu erzielen.

Steuergeldverschwendung für keinen Bürokratieabbau:

Im Jahr 2024 hat die Staatsregierung knapp 1,7 Mio. Euro Steuergelder für Versorgungsposten unter dem Deckmantel "Bürokratieabbau" verschwendet. Seit 2018 hat die Staatsregierung insgesamt fast 6 Mio. Euro für diese ineffizienten Bürokratieposten verprasst.

Besonders die Position des Bürokratiebeauftragten stellt sich als ineffizient und kostspielig heraus. Der Bürokratiebeauftragte ist zudem Vorsitzender des Bayerischen Normenkontrollrates. In dieser doppelten Funktion erhält er jährlich mindestens 48.000 Euro zusätzlich zu seinem Abgeordnetengehalt im Landtag.

Besonders auffällig ist, dass der Bürokratiebeauftragte seit 2022 keinerlei Ergebnisberichte mehr veröffentlicht hat. Auf die Anfrage der AfD-Fraktion (Schriftliche Anfrage auf Drs. 19/4191) erklärte die Staatsregierung, dass er "gesetzlich nicht zur Veröffentlichung von Tätigkeitsberichten verpflichtet" sei. Zudem konnte die Staatsregierung auf unsere weiteren Anfragen (Anfrage zum Plenum auf Drs. 19/3592 und Schriftliche Anfrage auf Drs. 19/4191) nach konkreten, erfolgreichen Bürokratieabbau-Maßnahmen keine einzige Maßnahme nennen, die direkt auf die Tätigkeit des Bürokratiebeauftragten zurückzuführen ist. Dies lässt den Schluss zu, dass der Bürokratieabbau in der Praxis lediglich eine leere Hülse ohne tatsächlichen Inhalt darstellt.

Im Gegensatz zum Nationalen Normenkontrollrat des Bundes, der als unabhängiges Gremium auch öffentliche Stellungnahmen, Jahresgutachten und themenspezifische Gutachten veröffentlicht, ist der Bayerische Normenkontrollrat lediglich eine interne Beraterinstanz der Staatsregierung. Dies führt zu einer mangelnden Transparenz und einer fehlenden Verantwortung gegenüber der Öffentlichkeit. Zudem konnte auch hier auf Anfrage der AfD-Fraktion (Schriftliche Anfrage auf Drs. 19/4191) keine einzige konkrete Maßnahme genannt werden, die direkt auf die Tätigkeit des Bayerischen Normenkontrollrates zurückzuführen ist.

Die Willkür bei der Auswahl der Mitglieder des Bayerischen Normenkontrollrates ist ebenfalls problematisch. So wurde beispielsweise eine ehemalige Oberbürgermeisterin von Rosenheim als Mitglied berufen. Auch ein ehemaliger Ministerialdirektor und Amtschef in Bayern, der mit dem Milliarden-Desaster der Stammstrecke München in Verbindung steht, wurde in das Gremium aufgenommen. Es stellt sich die Frage, welche Fachkompetenz im Bereich Bürokratieabbau diese Personen mitbringen.

Der Bürokratiebeauftragte der Staatsregierung verfügt über einen Mitarbeiterstab von neun Personen, für deren Gehälter im Jahr 2024 insgesamt 729.000 Euro veranschlagt waren. Der Bayerische Normenkontrollrat hat einen Mitarbeiterstab von fünf Personen. Deren Gehaltskosten betrugen 180.000 Euro im Jahr 2024. Zudem gibt es im Staatshaushalt Posten wie "Ausgaben für Moderner Staat und Bürokratieabbau", die 250.000 Euro im Jahr kosten, ohne dass genauere Informationen zu deren Verwendungszweck vorliegen. Angesichts dieser immensen Ausgaben und der fehlenden Effizienz kann die Fortführung dieser Institutionen nicht gerechtfertigt werden.

Immenser Anstieg der Bürokratiebelastung unter der CSU-Fraktion:

Die Bürokratiebelastung ist in den letzten Jahren unter der Staatsregierung von CSU und FREIE WÄHLER stark angestiegen. Laut dem aktuellen Länderindex der Stiftung Familienunternehmen (2025) ist Deutschland beim Faktor "Regulierung" auf Platz 17 von 21 Ländern abgerutscht. Besonders die Bürokratiekosten für den Mittelstand sind in den letzten Jahren massiv gestiegen und belasten die heimische Wirtschaft mit 66 bis 146 Mrd. Euro jährlich. Über 80 Prozent des deutschen Mittelstands sehen die Bürokratiebelastung als das größte Problem an.

In Bayern ist die Zahl der Rechtsnormen unter der Staatsregierung von CSU und FREIE WÄHLER zwischen 2018 und 2023 um 6,4 Prozent gestiegen – doppelt so schnell wie auf Bundesebene. Beispiele wie das Bayerische Klimaschutzgesetz oder die Solardachpflicht haben die Bürokratiekosten weiter in die Höhe getrieben. Gleichzeitig ist die Zahl der Beamten und Angestellten in der Verwaltung in Bayern von 2013 bis 2023 um 50 000 Personen gestiegen, was eine Steigerung von 27,4 Prozent bedeutet, während die Bevölkerung nur um 6,6 Prozent gewachsen ist.

Eine Umfrage der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft GmbH (INSM) von 2024 zeigt, dass 40,7 Prozent der Befragten die CDU/CSU für die hohe Bürokratiebelastung verantwortlich machen. An zweiter Stelle folgen die Grünen (28 Prozent), gefolgt von der SPD (16,2 Prozent).

Bayern braucht echten Bürokratieabbau statt teurer Alibimaßnahmen:

Echter Bürokratieabbau erfordert keine Versorgungsposten und Gremien, die lediglich Steuergelder verschwenden, sondern vielmehr mutige und rigorose Maßnahmen zur Abschaffung von Bürokratiemonster-Gesetzen, der Reduzierung staatlicher Behörden und der Entlassung zahlreicher unnötiger Bürokraten. Ein herausragendes Beispiel dafür ist der libertäre Präsident von Argentinien, der seit seiner Amtseinführung im Dezember 2023 bereits über 900 Rechtsnormen abgeschafft hat – das entspricht durchschnittlich drei Normen pro Tag. In den USA zeigt das Department for Government Efficiency (DOGE), wie Bürokratieabbau wirklich funktioniert. Unter der aktuellen republikanischen Präsidentschaft hat DOGE bereits etwa 77 000 Bundesangestellte entlassen und plant, die Bundesausgaben um bis zu 2 Bio. US-Dollar zu reduzieren. Diese echten und drastischen Maßnahmen zur Reduktion der staatlichen Bürokratie stehen im krassen Gegensatz zu den ineffizienten Gremien wie dem Bürokratiebeauftragten und dem Bayerischen Normenkontrollrat, die keine wirklichen Einsparungen oder Reformen bringen, sondern lediglich als kostenintensive Alibimaßnahmen fungieren.

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode

22.05.2025 **Drucksache** 19/7232

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)
Drs. 19/6592

Echter Bürokratieabbau statt teurer Alibimaßnahmen: Bayerischen Bürokratiebeauftragten und Bayerischen Normenkontrollrat abschaffen!

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: Rene Dierkes
Mitberichterstatter: Peter Wachler

II. Bericht:

- 1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
- Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 28. Sitzung am 22. Mai 2025 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung FREIE WÄHLER: Ablehnung

AfD: Zustimmung B90/GRÜ: Ablehnung

SPD: Ablehnung

Ablehnung empfohlen.

Petra Guttenberger

Vorsitzende



Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode

10.07.2025 Drucksache 19/7492

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)

Drs. 19/6592, 19/7232

Echter Bürokratieabbau statt teurer Alibimaßnahmen: Bayerischen Bürokratiebeauftragten und Bayerischen Normenkontrollrat abschaffen!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Protokollauszug 55. Plenum, 10.07.2025

Bayerischer Landtag – 19. Wahlperiode

Präsidentin IIse Aigner: Ich rufe Tagesordnungspunkt 2 auf:

Abstimmung

über Europaangelegenheiten und Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der

Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Vorab ist über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Ein

barrierefreies Gesundheitssystem für Bayern - UN-Behindertenrechtskonvention end-

lich umsetzen" auf Drucksache 19/5983 gesondert abzustimmen. Der federführende

Ausschuss für Gesundheit, Pflege und Prävention empfiehlt die Ablehnung des An-

trags.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-

NEN zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen

des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD. Gegenstimmen! – Das sind die

Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER und der AfD. Damit ist der Antrag abge-

lehnt.

Nun kommen wir zur Gesamtabstimmung über die endgültige Abstimmungsliste. Hin-

sichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktio-

nen verweise ich auf die endgültige Abstimmungsliste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstim-

mungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der endgültigen Abstimmungsliste ein-

verstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist das gesamte Haus. Damit

übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Europaangelegenheiten und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

hed		

(E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen
oder
Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Europaangelegenheiten

 Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Ulrike Müller u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Dr. Gerhard Hopp, Martin Wagle, Alex Dorow u.a. CSU Subsidiarität

Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 2014/45/EU über die regelmäßige technische Überwachung von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern und der Richtlinie 2014/47/EU über die technische Unterwegskontrolle der Verkehrs- und Betriebssicherheit von Nutzfahrzeugen, die in der Union am Straßenverkehr teilnehmen COM(2025) 180 final

BR-Drs. 217/25

Drs. 19/7283, 19/7430

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	Z

2. Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Europäischer Aktionsplan für die Cybersicherheit von Krankenhäusern und Gesundheitsdienstleistern COM(2025) 10 final BR-Drs. 77/25

Drs. 19/5947, 19/7425

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Dem Vorhaben wird zugestimmt.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z		Z

3. Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union

Vorschlag für eine Empfehlung des Rates zur politischen Agenda für den Europäischen Forschungsraum 2025-2027 COM(2025) 62 final

BR-Drs. 132/25 Drs. 19/6844, 19/7427

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Das Vorhaben wird zur Kenntnis genommen.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	Z

4. Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Justiz und Grundrechte Öffentliche Konsultation zur EU-Strategie für die Gleichstellung von LGBTIQ-Personen nach 2025 01.04.2025 - 24.06.2025 Drs. 19/6343. 19/7434

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Bayerische Landtag nimmt das Konsultationsverfahren zum Anlass, die auf Drs. 19/7434 veröffentlichte Stellungnahme abzugeben. Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	A	Z	Z

5. Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Klimaschutz Öffentliche Konsultation zur Überprüfung des EU-Emissionshandelssystems 1 (EHS1) 15.04.2025 - 08.07.2025 Drs. 19/6748, 19/7431

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Bayerische Landtag nimmt das Konsultationsverfahren zum Anlass, die auf Drs. 19/7431 veröffentlichte Stellungnahme abzugeben. Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z		A	ENTH	Z

Anträge

 Antrag des Abgeordneten Jörg Baumann AfD Abbau von Mehrarbeitsstunden bei der Bayerischen Polizei Drs. 19/5677, 19/7264 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Andreas Hanna-Krahl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Ein barrierefreies Gesundheitssystem für Bayern – UN-Behindertenrechtskonvention endlich umsetzen Drs. 19/5983, 19/7265 (A)

Über den Antrag wird einzeln abgestimmt.

 Antrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Holger Grießhammer, Anna Rasehorn u.a. SPD
 Hilfe für Menschen in seelischer Not:
 Sozialpsychiatrische Dienste in Unterfranken sichern!
 Drs. 19/6005, 19/7266 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	Z

Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath,
Tanja Schorer-Dremel, Dr. Andrea Behr u.a. CSU,
Florian Streibl, Felix Locke, Thomas Zöller u.a.
und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Prävention stärken, Zukunft der Reha in Bayern sichern I:
Pflegeausbildung auch in Reha-Kliniken und weiteren Einrichtungen
Drs. 19/6144, 19/7267 (E)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

 Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel, Dr. Andrea Behr u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Thomas Zöller u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Prävention stärken, Zukunft der Reha in Bayern sichern II: Reha-Kliniken in Krankenhausreform mitdenken Drs. 19/6145, 19/7268 (G)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

 Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel, Dr. Andrea Behr u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Thomas Zöller u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Prävention stärken, Zukunft der Reha in Bayern sichern III: Wirtschaftliche Situation der Reha-Kliniken verbessern, Bürokratie abbauen Drs. 19/6146, 19/7279 (ENTH)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

 Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Kerstin Schreyer, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Thomas Zöller u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Prävention stärken, Zukunft der Reha in Bayern sichern IV: Digitale Transformation in den Reha-Einrichtungen unterstützen Drs. 19/6147, 19/7269 (E)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Maximilian Deisenhofer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Sanierungsbedarf erheben – öffentliche Schwimmbäder erhalten Drs. 19/6169, 19/7256 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Dr. Ute Eiling-Hütig, Tanja Schorer-Dremel, Kerstin Schreyer u.a. CSU Digitale Speicherung von Leistungsnachweisen Drs. 19/6509, 19/7253 (E) Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Harald Meußgeier, Gerd Mannes und Fraktion (AfD) Umweltschäden verhindern: Aktives Gänsemanagement weiterentwickeln Drs. 19/6516, 19/7259 (A)

> Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

 Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD) Erkundung und Bewertung von natürlichen Wasserstoffvorkommen in Nordbayern Drs. 19/6542, 19/7260 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

 Antrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD) zur Änderung der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag Drs. 19/6563, 19/7231 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	Α

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Für die Zukunft des Naturschutzes: Kenntnis der Artenvielfalt sichern – Nachwuchs fördern Drs. 19/6576, 19/7244 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	A	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Windkraftausbau und Naturschutz gemeinsam anpacken II: Anerkennung von Anti-Kollisionssysteme für Windenergieanlagen Drs. 19/6577, 19/7245 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	A	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Einsatz für Mengenschwelle für Biogas in der Störfall-Verordnung auf 25.000 kg anheben Drs. 19/6578, 19/7246 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	Z	

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Claudia Köhler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Schnellerer Umstieg auf Pauschalierung bei der Finanzierung privater Förderschulen Drs. 19/6583, 19/7254 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

 Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)
 Echter Bürokratieabbau statt teurer Alibimaßnahmen: Bayerischen Bürokratiebeauftragten und Bayerischen Normenkontrollrat abschaffen! Drs. 19/6592, 19/7232 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

 Antrag der Abgeordneten Markus Striedl, Benjamin Nolte, Katrin Ebner-Steiner und Fraktion (AfD)
 Förderung von Tempo 50
 Drs. 19/6602, 19/7257 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

 Antrag der Abgeordneten Markus Striedl, Benjamin Nolte, Katrin Ebner-Steiner und Fraktion (AfD) Erwerb von ICE 3 Zügen prüfen Drs. 19/6603, 19/7255 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

 Antrag der Abgeordneten Markus Striedl, Benjamin Nolte, Katrin Ebner-Steiner und Fraktion (AfD)
 Gebrauchte Züge beim Vergabeverfahren der BEG berücksichtigen Drs. 19/6604, 19/7258 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

 Antrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Florian Köhler u.a. und Fraktion (AfD) Missbräuchliche Umgehung von Sprachtests im Einbürgerungsverfahren wirksam unterbinden! Drs. 19/6617, 19/7233 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	Α

27. Antrag der Abgeordneten Anna Rasehorn, Ruth Müller, Florian von Brunn u.a. SPD

Förderung von Hochwasserschutzmaßnahmen auch in bebauten Randgebieten: Rechtsklarheit und finanzielle Unterstützung

für Kommunen schaffen Drs. 19/6671, 19/7249 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Barbara Fuchs u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Bericht zur aktuellen Lage des bayerischen Einzelhandels (insbesondere in strukturschwachen Regionen) Drs. 19/6684, 19/7261 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	Z

29. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Laura Weber u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Umsetzung der Forderungen aus Bayern-Ei-Untersuchungsausschuss, ORH-Bericht und Coramentum-Gutachten Drs. 19/6688, 19/7250 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	A	Z	A

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Psychosoziale Hilfen auf eine sichere und nachhaltige finanzielle Basis stellen! Drs. 19/6690, 19/7270 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	A	Z	ENTH

 Antrag der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel, Alexander Flierl, Petra Högl u.a. CSU Bericht zu den Ergebnissen der 16. UN-Weltnaturkonferenz in Rom Drs. 19/6694, 19/7251 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Martin Scharf u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Kerstin Schreyer, Martin Wagle, Dr. Stefan Ebner u.a. CSU Wirtschaftsentlastungen: Bürokratieabbau bei Melde- und Dokumentationspflichten nach der DSGVO auf EU-Ebene Drs. 19/6696, 19/7262 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	ENTH	Z

 Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Martin Böhm, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
 EU-CO₂-Flottengrenzwerte abschaffen – Keine planwirtschaftlichen Vorgaben für die Automobilindustrie in Bayern, Deutschland und Europa Drs. 19/6697, 19/7263 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

 Antrag der Abgeordneten Alexander Flierl, Petra Högl, Thomas Holz u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Marina Jakob u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Bericht zur Umsetzung der Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie Drs. 19/6698, 19/7252 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	Z